

E-ID zwischen Staat und Privat

Präsentation und Videoaufzeichnung des Vortrags finden sich auf
politics.yves-flueckiger.ch/eid-zwischen-staat-und-privat

als Teil des Dossiers zur Abstimmung vom 7. März 2021
politics.yves-flueckiger.ch/eid-dossier

Angaben zum Autor unter

politics.yves-flueckiger.ch/yves-flueckiger

Impressum und Rechte unter

politics.yves-flueckiger.ch/impressum

«Die **E-ID** ist der Ausweis der Zukunft,
nutzbar im digitalen und im physischen Raum,
in der Schweiz und im Ausland»

Yves Flückiger

politics.yves-flueckiger.ch/eid-der-digitale-pass

Zu dieser Erkenntnis gelangte ich nach meiner Recherche, die ich im genannten Artikel verarbeitete. Ich fing an beim Fachbereich des Bundesamtes für Polizei fedpol, das die E-ID anders einordnet als Bundesrätin Karin Keller Sutter als Leiterin des EJPD. Die Recherche führte mich nach Europa, wo die Schweizer E-ID dereinst anerkannt werden soll. Und ich stiess auf den «digitalen Reisepass», der auch mit der Schweiz zu tun hat.

Falsche Richtung

- Meine Daten gehören nicht dem Markt
- Es fehlt demokratische Kontrolle
- Staat verliert digitale Souveränität
- **Bürger-Staat nicht im Zentrum**

- «Kompromiss» – für wen?
- «15 Jahre Debatte» – wozu?
- «Log-in» braucht kein Gesetz
- «Ausweis» braucht keinen Markt

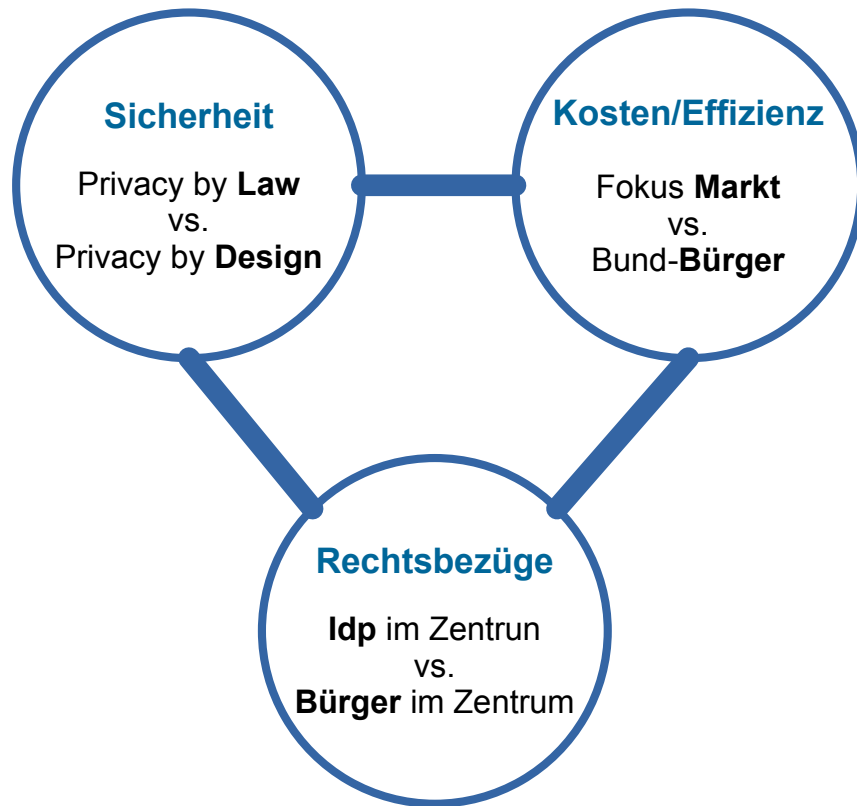
Falsches Setup

- Falscher Projektfokus (Stakeholder, Use-Case)
- Unnötige Komplexität und Kosten
- Schwerfällige Architektur (Datenkopien...)
- **Datensicherheit nicht zentral**

- Falsche Schlüsse aus alter SuisseID
- Strapazierte Begriffe für Lobbying, ohne Inhalt («Innovation», «PPP»...)

**Am Bürger vorbei «kompromisslet»
Politik und Lobbying statt smarte Lösungen**

Private Firmen bewirtschaften einen Ausweis und alle damit verbundenen digitalen Bürgerdaten, der Staat wird seiner digitalen Souveränität beraubt. «15 Jahre Debatte» und der «Kompromiss» waren nicht im Sinne des Bürgers. Der Fokus «Markt» führt zu einer komplexen Architektur und diese zu höheren Gesamtkosten. Das Thema Datensicherheit wurde über Gesetze behandelt statt über die Architektur. Das nachweislich falsche Narrativ «Bund ist Schuld am Scheitern der SuisseID» hat massgeblich zu verquerten Argumenten beigetragen.



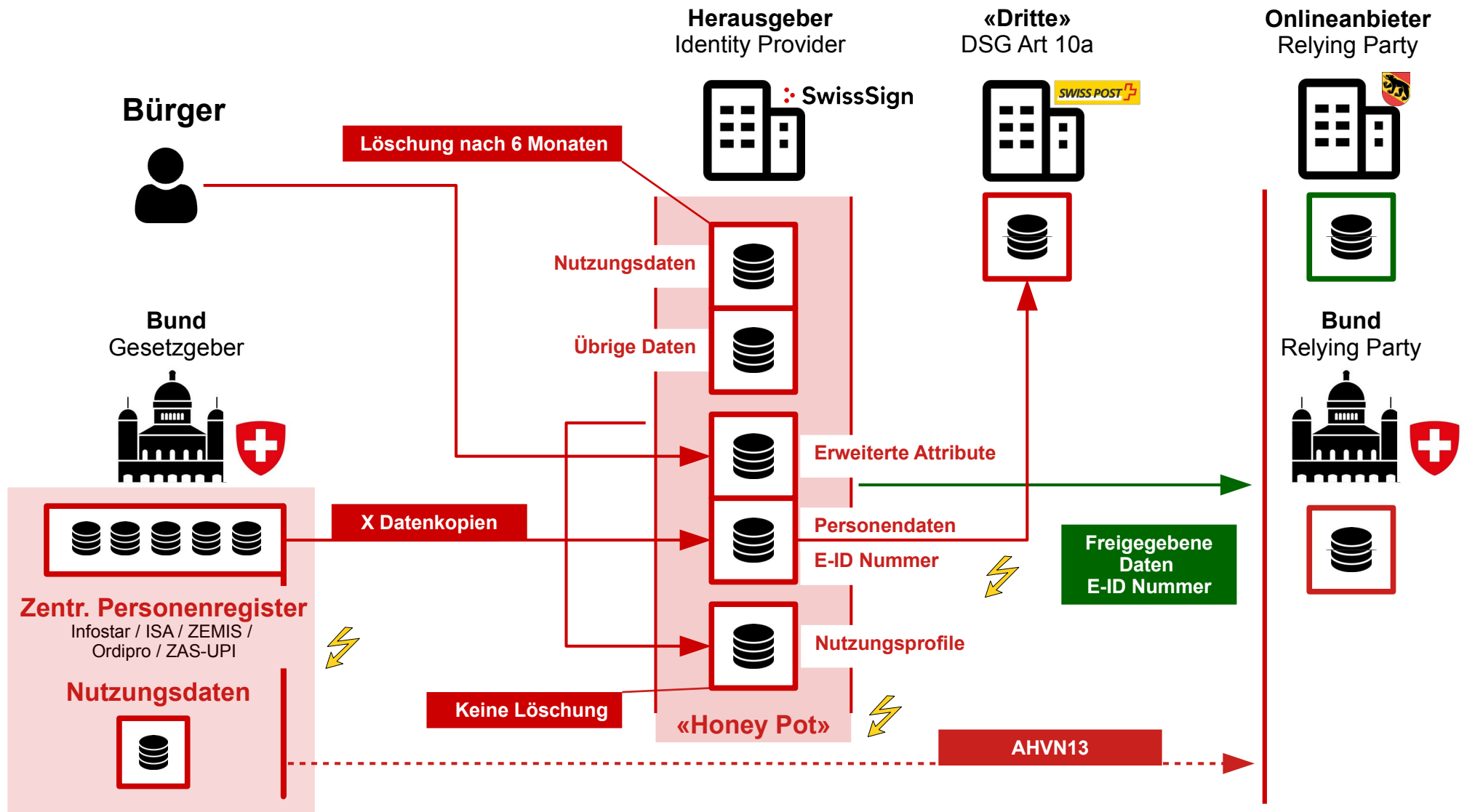
**Markt als Herausgeber
+ zentraler Ansatz**

**Bund als Herausgeber
+ dezentraler Ansatz**

Anhand der drei Kritikfelder Sicherheit, Effizienz und Rechtsbezüge vergleiche ich auf den folgenden Folien eine zentralisierte, private Lösung mit einer dezentralen, vom Bund bewirtschafteten E-ID.

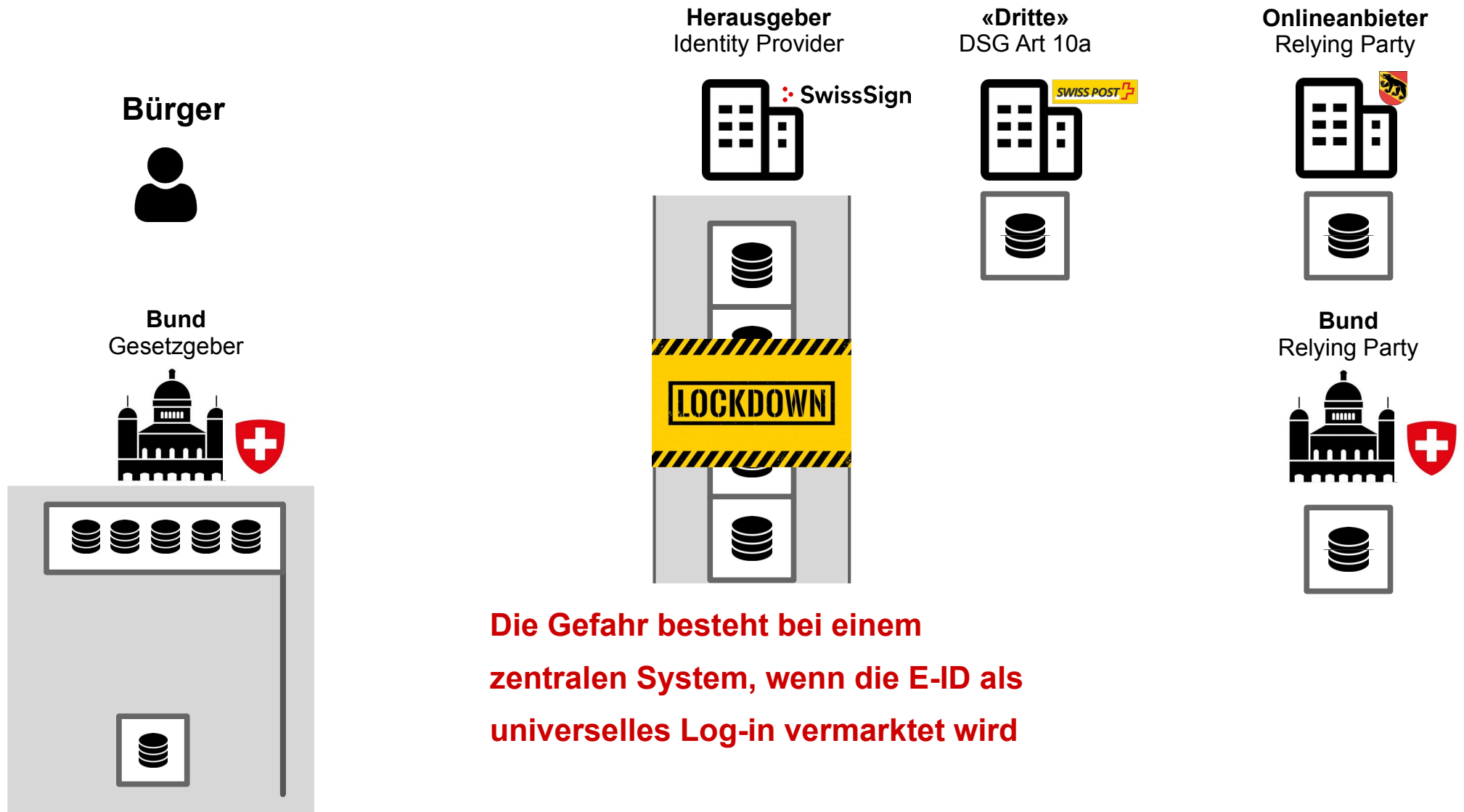
Anmerkung: Eine dezentrale Lösung mit multiplen privaten IdPs ist aufgrund der vom Gesetz vorgegebenen Architektur nicht möglich.

Sicherheit: Zentraler Ansatz



Ein Anbieter erhält hunderttausende Datenkopien aus den Registern des fedpol. Hinzu kommen weiter persönliche Attribute und Nutzungsdaten. Nur letztere müssen nach 6 Monaten gelöscht werden, Nutzerprofile nicht. Es entsteht ein sog. «Honey Pot», in den auch Angreifer gerne den Finger halten würden. Und ohne einen Anbieter vorzuverurteilen, besteht ein Missbrauchspotential. «Kontrolle» im Sinne des Wortes ist nicht möglich.

Zentraler Systemausfall

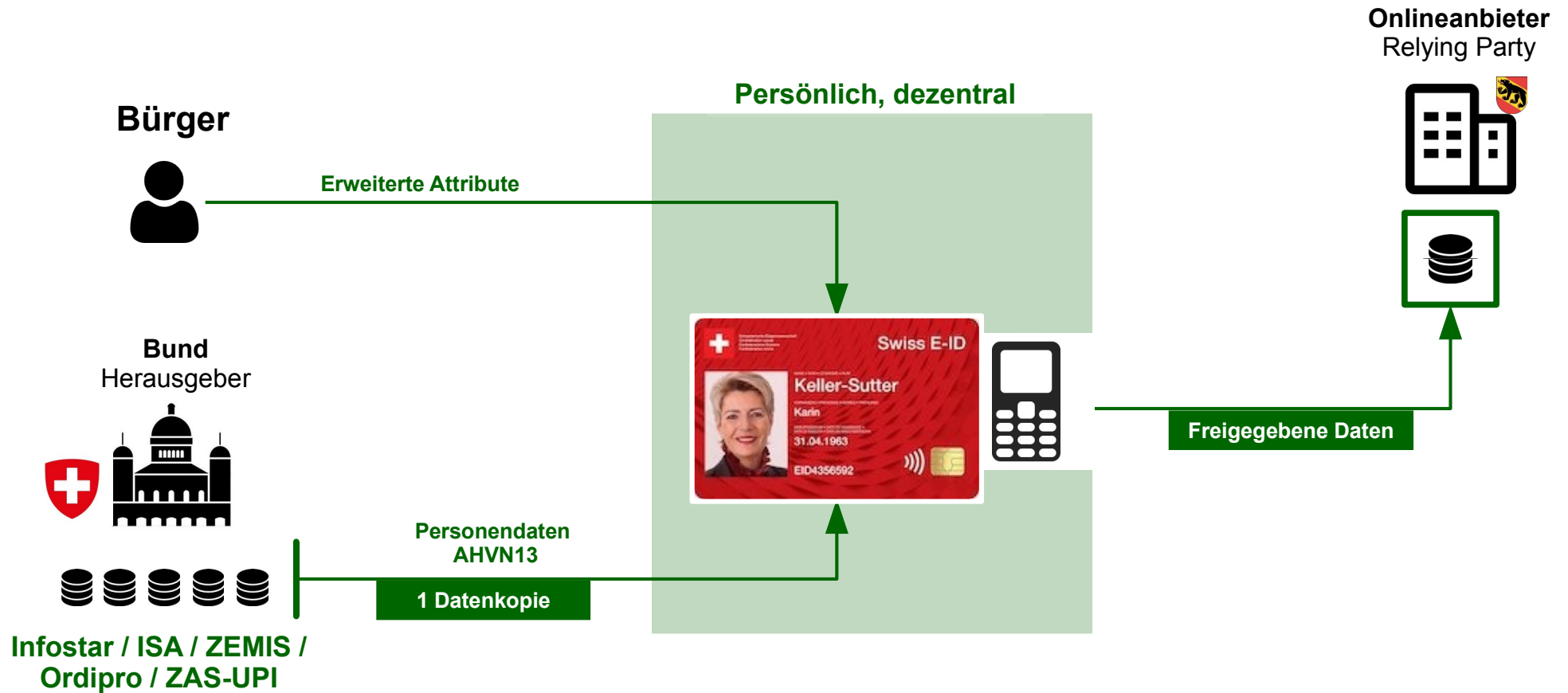


Ein Systemausfall beim E-ID Hauptanbieter würde aufgrund der Interoperabilität auch andere E-ID Anbieter betreffen.

Problematisch ist dabei die Vermischung von kritischen E-Government Anwendungen mit E-Commerce durch ein «universelles Log-in».

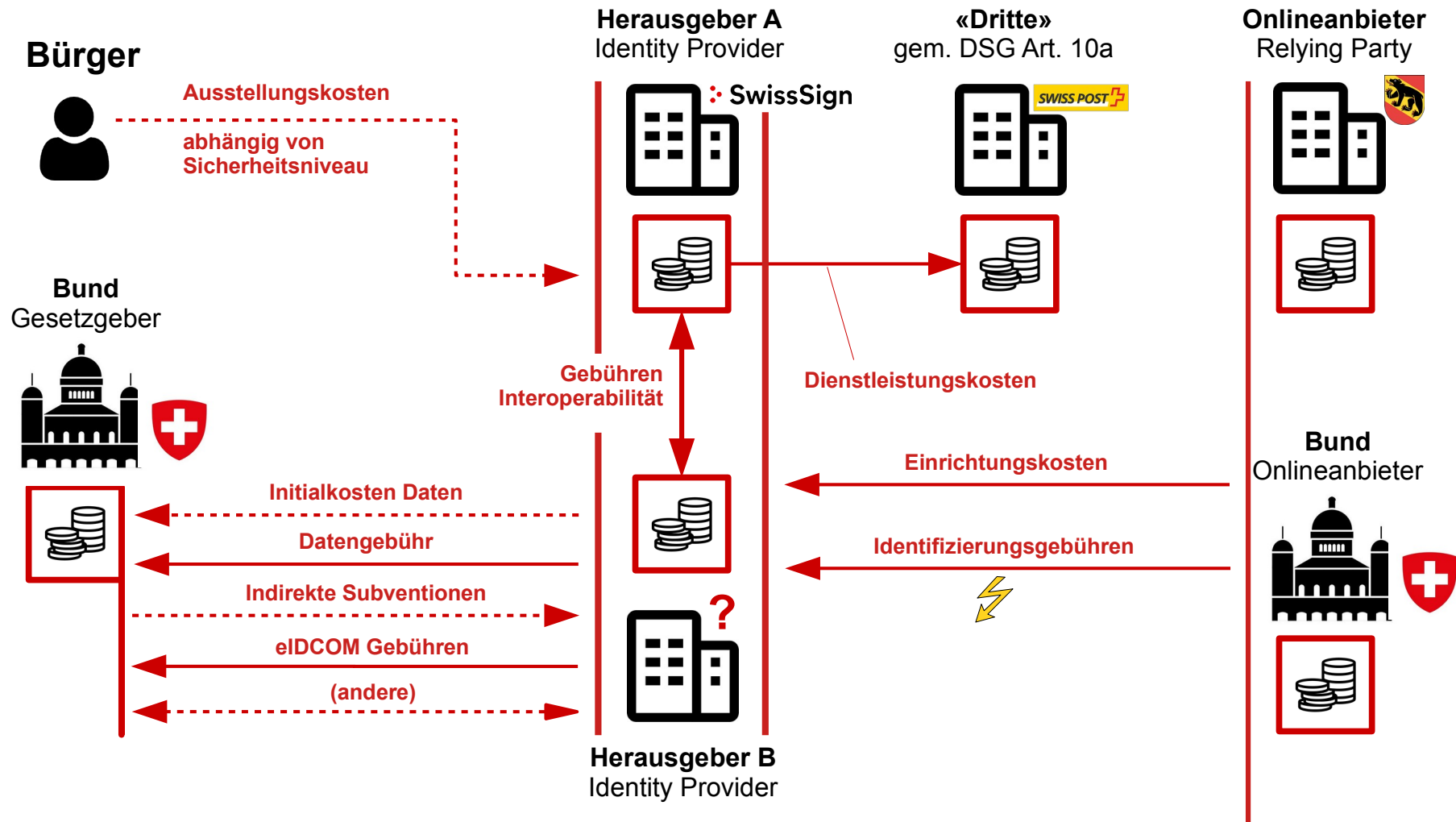
Es besteht erhöhte Gefahr für den Inhaber der E-ID, wenn er diese als gleiches «Log-in» überall verwendet. Jeder weiss inzwischen, dass es gilt, gleiche Log-ins zu vermeiden.

Sicherheit: Dezentraler Ansatz



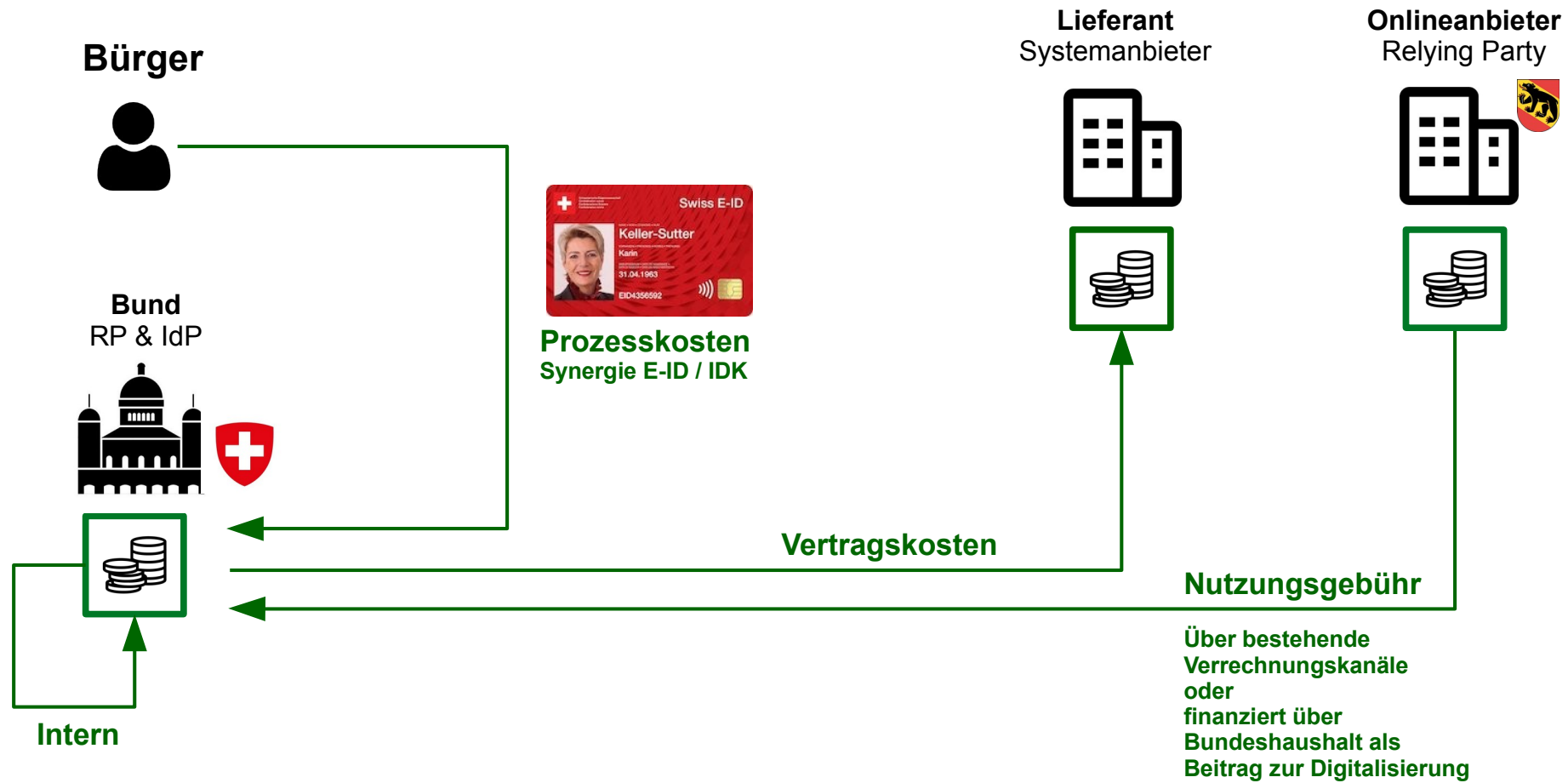
Die Alternative ist ein dezentraler Ansatz. Ein «IdP» kommt darin nicht vor. Wie beim Pass oder der Identitätskarte werden die Personendaten auf ein Medium übertragen, das im Besitz des Bürgers ist. Somit fallen wie bei einem analogen Ausweis bei der Nutzung der E-ID keine Daten an.

Kosten: Künstlicher Markt



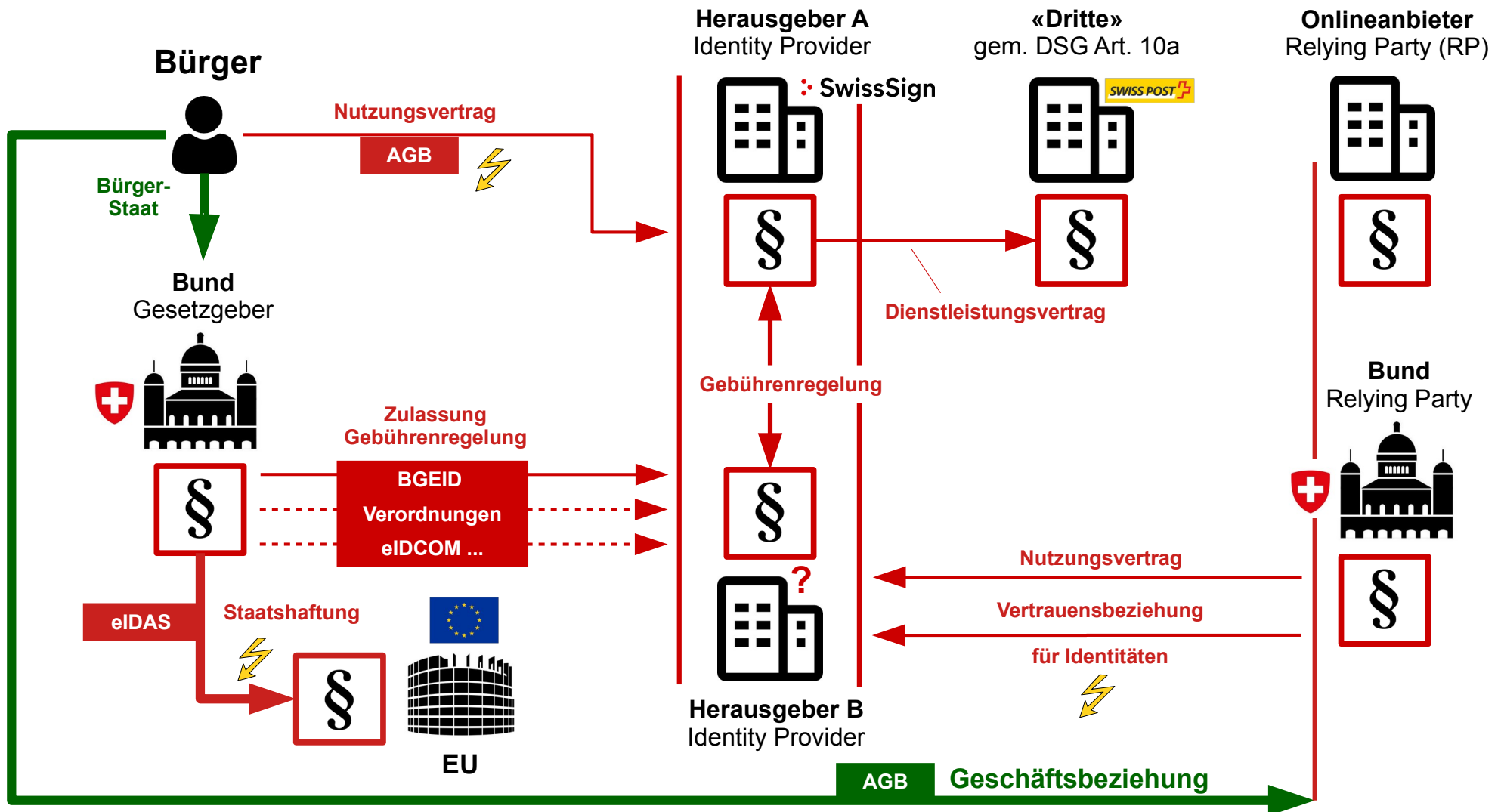
Die Zwischenschaltung des IdP erhöht die Komplexität des E-ID Systems. Damit entstehen auch ein Vielzahl an zusätzlichen Geldflüssen für Services. Dieser «Markt» kostet Geld, auch wenn er nicht stattfindet (de facto Monopol). Der Bund ist auch Onlineanbieter: Er erhielt aber die E-ID-Daten, die er einst lieferte, nur wieder über den IdP. Dafür bezahlt er dem IdP Geld. Das ist absurd.

Kostendeckend



Mit dem Bund als Identitätsdienstleister ergeben sich Synergien. Die E-ID kann zusammen mit einem anderen amtlichen Ausweis auf dem Passbüro ausgestellt werden. Österreich z. B. gibt seine E-ID zusammen mit dem Pass ab. Das E-ID System könnte über den Bundeshaushalt finanziert werden. Als Grundleistung des Bundes, ohne Gewinne.

Beziehungsgflecht

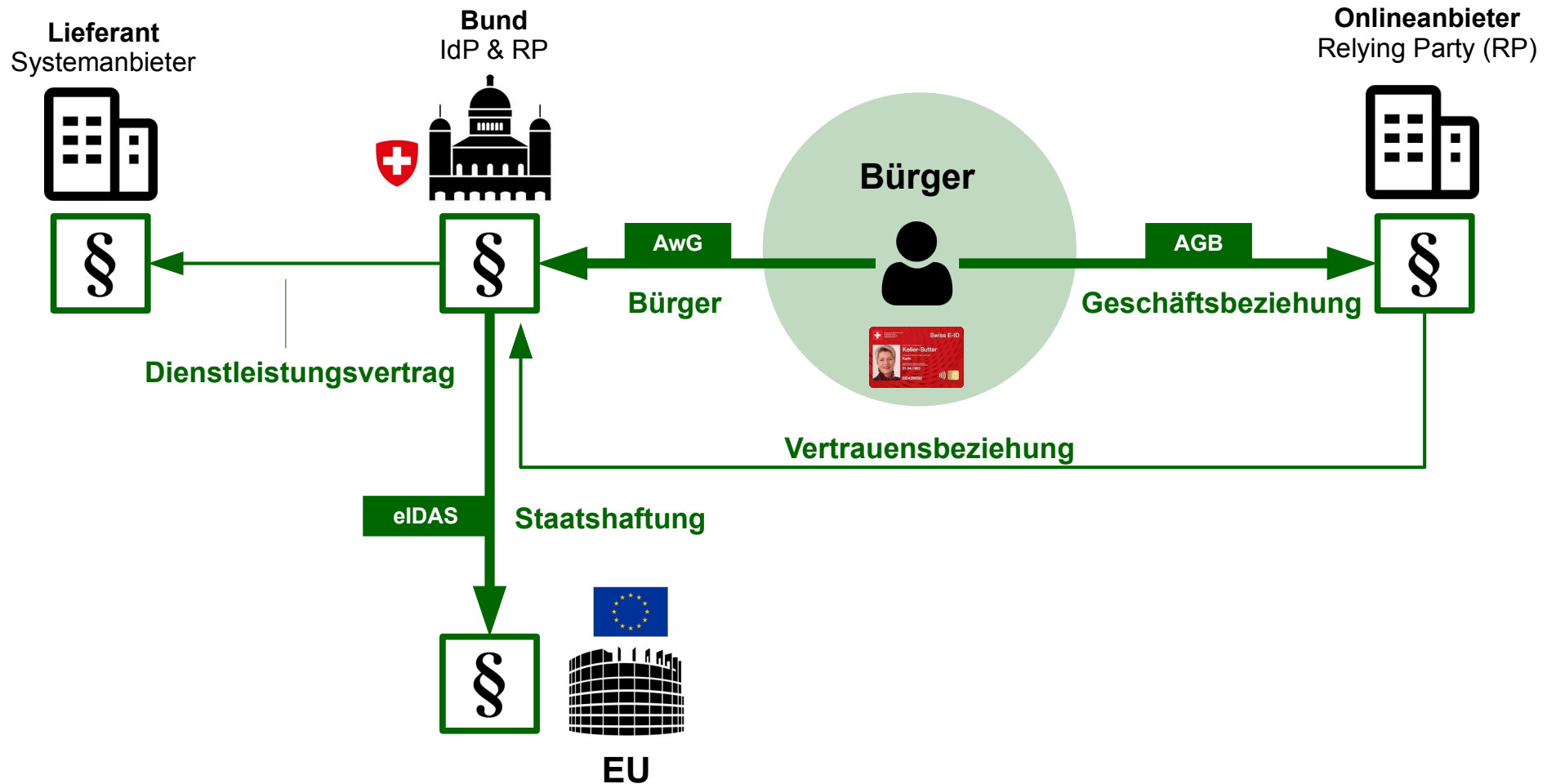


© 2021 Yves Flückiger | politics.yves-flueckiger.ch

Will ein Bürger mit dem Bund, dem Kanton oder einem anderen Dienstleister digital kommunizieren, muss er einen Vertrag mit einem E-ID Dienstleister eingehen. Es entsteht eine Dreiecksbeziehung.

Die Vertrauensbeziehung für den Ausweis «E-ID» besteht zum privaten IdP, selbst für Bund oder Staat als Onlineanbieter (obschon der Bund die Daten für die E-ID lieferte.) Damit haftet der Bund gegenüber Europa für Systeme, welche von Privaten betrieben werden (Anm.: die Schweizer E-ID soll in der EU notifiziert=anerkannt werden)

Bund – Bürger – Dienstleister



In einem durch den Bund betriebenen System besteht die Vertrauensbeziehung in Bezug auf die E-ID wie bei analogen Ausweisen mit dem Bund. Das vereinfacht auch die Anerkennung der Schweizer E-ID in der europäischen Union. In diesem System steht der Bürger im Zentrum und es werden keine unnötigen Rechtsbezüge geschaffen.

Der Markt, den es nicht gibt

- De facto Monopol ...
- Zu kleiner Markt / Marktverzerrung
- Winner takes all (Internet)

- Dennoch Marktkosten
- Monopol bremst Innovation
- **Gleiches Modell wie alte SuisseID**

Ausführlicher Artikel auf

politics.yves-flueckiger.ch/eid-kompliziert-veraltet-teuer

Der Bund kann und muss

- Erhalt der digitale Souveränität
- Aufbau digitale Kompetenz (Transformation)
- E-ID ist strategisches eGov-Projekt

- Technologiepartner auswechselbar
- Beispiel Liechtenstein, SH, Stadt Zug
- **Europatauglich**

Der vielzitierte Markt kann nicht entstehen: Dazu ist das Volumen zu klein und es bestehen ungleiche Startchancen für die Marktteilnehmer. Zudem beobachtet man im Internet oft «winner-takes-all».

Der Bund benötigt für die digitale Transformation digitale Souveränität und Kompetenz. So kann er Technologiepartner bei Bedarf auswechseln. Ein monopolistischer Markt hingegen ist gar innovationshemmend: Es besteht keine Anreiz.

Mit dem Bund als Herausgeber der E-ID würde EU-Konformität einfacher erreicht. Das wäre gut für die Wirtschaft.

Identitätskarte mit Chip (kontaktlos)

- Bekannt sei 2013 (BFH Studie)
- Breite Erfahrung in EU (eIDAS)
- Mit AwG lösbar (ohne BGEID)
- Weniger Gesetze

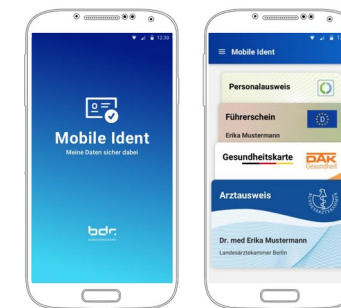
Beste Voraussetzungen

- Biometrischer Pass (E-Pass) etabliert seit 2009
- Ausländerausweis mit Chip vorhanden seit 2011
- Technologieentwicklung seit alter SuisseID
- **Neue Identitätskarte geplant**
- Ohne Zeitverlust realisierbar

Sofort
(RFID) Chipkarte



Zukunft
SE-Chip auf Mobile



Bundesgesetz 143.1
über die Ausweise für Schweizer Staatsangehörige
(Ausweisgesetz, AwG)

vom 22. Juni 2001 (Stand am 1. Januar 2018)

^{2bis} Der Ausweis kann mit einem Datenchip versehen werden. Der Datenchip kann ein Gesichtsbild und die Fingerabdrücke der Inhaberin oder des Inhabers enthalten. Auch die übrigen Ausweisdaten nach den Absätzen 1, 3, 4 und 5 können auf dem Chip gespeichert werden.⁵

^{2ter} Der Bundesrat legt fest, welche Ausweisarten mit einem Chip versehen werden und welche Daten darauf zu speichern sind.⁶ Er stellt sicher, dass auch eine Identitätskarte ohne Chip beantragt werden kann.⁷

Eine E-ID kombiniert mit einer Identitätskarte wäre rasch realisierbar. Die Machbarkeit wurde bereits 2013 gezeigt und es gibt etliche europäische Modelle dazu. Das wäre sogar ohne neues E-ID-Gesetz, mit dem bestehenden Ausweisgesetz machbar, solange die E-ID eine wählbare Option bleibt.

Die Voraussetzungen sind gut: Eine neue Identitätskarte ist in Arbeit, der Ausländerausweis mit Chip bereits Realität.

Wesentliche Gesetzesanpassungen

- Streichung Datenspeicherung (Art. 15)
- Anpassung Art. 10 BGEID

Vorteile

- Demokratische Kontrolle
- Bundessystem eIDAS ready

Nachteil

- Immer noch nicht dezentral (nicht privacy by design)

Anleitung für Parlamentarier (die sagen, es brauche nochmals zehn Jahre Debatte):

Art. 10 ~~Subsidiäres~~ E-ID-System des Bundes

¹ ~~Falls die Zwecke nach Artikel 1 Absatz 2 nicht erfüllt werden, kann:~~
beauftragt

- a. der Bundesrat ~~eine~~ Verwaltungseinheit ~~damit beauftragen~~, ein E-ID-System zu betreiben und eine E-ID auszustellen; **oder**
- b. ~~der Bund sich an entsprechenden Unternehmen beteiligen.~~

² Die Bestimmungen über IdP sind ~~in diesen Fällen~~ auf die betreffende Verwaltungseinheit anwendbar.

Eine Alternative zweiter Wahl wäre die Anpassung des neuen Gesetzes: Der Bund würde für seine Bürger ebenfalls eine E-ID bereitstellen und nicht erst, wenn alle anderen scheitern.

Diese Variante löst aber noch nicht das Problem des Datenschutzes (privacy by design)

Es braucht einen Bund

mit digitaler **Kompetenz** und **Souveränität** – dies bedingt eine digitale **Agenda, Führung** zur digitale Transformation über alle Departemente hinweg, genügend **Mittel**, eine Politik die **unterstützt** statt diskreditiert und **Anwendungen**.

Dazu braucht es keinen künstlichen Markt für einen E-Ausweis.

« **Ja** zur einer **E-ID** – **Nein** zum **BGEID**
Für eine E-ID mit dem **Bürger im Zentrum**
und für einen **modernen Staat** mit digitaler
Kompetenz und Souveränität »

Yves Flückiger

politics.yves-flueckiger.ch/eid-dossier